



# Wir machen das Geld

Der Crash des Finanzsystems hat gezeigt, wie marode es ist. Zu echten Reformen war die Politik nicht fähig – deswegen arbeiten jetzt engagierte Bürger an der Geldwende

TEXT Caspar Dohmen ILLUSTRATIONEN Irmela Schautz

**W**enn es ums Geld geht, sind die Menschen hellhöriger geworden. Der Crash 2008 und die Staatsschuldenkrise waren zu gewaltig, als dass sie als Betriebsunfälle durchgehen könnten. Die Politik handelte. Banken müssen mittlerweile mehr eigenes Kapital für ihre Geschäfte nachweisen. Und statt nationaler Behörden überwacht nun die Europäische Zentralbank die größten Banken der Eurozone.

Grundlegende Änderungen erreichten die Politiker aber nicht. Und so verdient ein Großteil der Akteure längst wieder mit riskanten Methoden Geld und arbeitet an einer noch mächtigeren Finanzwelt von morgen.

Das stört viele. Der offene Protest mag abgeflaut, die Occupy-Bewegung Geschichte sein. Aber das Interesse der Bürger ist wach. Zum ersten sogenannten Geldgipfel Anfang Mai 2014 in der Universität Witten/Herdecke, initiiert von Lukas Beckmann, einem Mitgründer der Grünen und heutigen Vorstand der Stiftung GLS Treuhand, kamen 400 Besucher, meist Laien. Es war eine bemerkenswerte Runde. Noch vor wenigen Jahren hat sich kaum jemand außerhalb der kleinen Zirkel von Notenbankern, Finanzpolitikern und Geldtheoretikern mit den komplexen Fragen des Geldsystems beschäftigt. Nun eignen sich Bürger sperriges Wissen an. Und arbeiten beharrlich an Reformen.



## Der Lehrer

**P**hilipp Bernet steht regelmäßig in seiner Freizeit in St. Gallen in der Fußgängerzone und sammelt Unterschriften, um eine kleine Revolution mit anzuzetteln. „Wer stellt unser Geld her?“, fragt er vorbei eilende Passanten. Der Staat oder die Notenbank, antworten die meisten. Wenn der 56-jährige Schweizer sie aufklärt, das sei nicht der Fall, horten viele auf.

Das ist der Moment, in dem ihnen der Lehrer für Naturwissenschaften, Mathematik und Wirtschaftskunde an einer weiterführenden Schule erzählt, dass vielmehr die Banken vier Fünftel des Geldes per Kreditvergabe erzeugen und wie sie damit zur Krise der letzten Jahre beitrugen. Die Einführung des sogenannten Vollgelds, so Bernet, könnte das zukünftig verhindern. Das Konzept sieht vor, dass Banken Kredite nur in der Höhe vergeben dürfen, wie sie Bargeldreserven vorweisen. Die Vorteile lägen auf der Hand, sagt Bernet: Die Banken würden gebändigt und zu normalen Unternehmen werden. Geld sollten sie nur

noch von Sparern nehmen und an Kreditnehmer geben und für diese Vermittlung Gebühren verlangen dürfen. Mehr nicht. Sie würden bei der Kreditvergabe kein Geld mehr produzieren. Und das Vermögen auf dem Girokonto gehörte, anders als heute, dem Kontoinhaber. Es wäre vor einer Bankpleite also sicher. Wie Scheine und Münzen im Portemonnaie.

„Änderungen des Geldsystems gab es immer wieder“, gibt Philipp Bernet den Leuten zum Abschied noch mit auf den Weg. Er will sie ermutigen, sich nicht wehrlos zu ergeben. Sondern aktiv zu werden. So wie er selbst.

Bernet, kurze graue Haare, roter Filzpullover, neugieriger Blick, lebt rund 20 Autominuten von St. Gallen entfernt, im 4000-Einwohner-Ort Heiden. Er findet, es sei höchste Zeit, „dass der Staat der Schöpfung elektronischen Buchgelds durch die Geschäftsbanken einen Riegel vorschiebt und sie selbst in die Hand nimmt“. Staaten hätten, führt er weiter aus, den Banken schon im 19. Jahrhundert das Recht entzogen, Noten zu drucken. Denn Geschäftsbanken hatten immer wieder viel zu viel Geld hergestellt und damit Krisen ausgelöst.

## Von Muscheln bis zu Bitcoins

Geld ist für uns ein selbstverständliches Tauschmittel für Waren und Dienstleistungen. Ohne Geld wäre der Alltag kompliziert. Wir wären ständig auf der Suche nach jemandem, der genau das besitzt, was wir gerade benötigen, während wir das haben, was er braucht. Was Menschen als Geld nutzen, hat sich im Laufe der Jahrtausende aber radikal gewandelt. Zuerst waren es Naturalien wie Tee, Felle oder Muscheln, seit der Antike dann Gold und Silber. Solches Geld hatte stets auch einen Materialwert. Das änderte sich schlagartig mit der Erfindung des Papiergelds durch die Chinesen im 11. Jahrhundert. Der Wert von Papiergeld beruht nämlich einzig und alleine auf dem Vertrauen der Menschen. Mittlerweile existiert der Großteil unseres Geldes sogar nur noch in Form elektronischer Ziffern auf Konten. Neben gesetzlichen Zahlungsmitteln (Euro, Dollar, Yen) gibt es auch privat geschaffenes Geld. Etwa Bitcoins, eine Währung, die Computer von Privatleuten nach bestimmten Algorithmen herstellen. Zudem benutzen wir im Alltag regelmäßig sogenanntes Quasigeld. Wir zahlen mit Bonusmeilen einer Fluggesellschaft oder Treuepunkten im Supermarkt. Letztlich kann man alles als Geld nutzen, was jemand anderes als Geld anerkennt.



Die Idee des Vollgelds hatte schon einmal Konjunktur, nach der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er-Jahre. Prominente Ökonomen um den US-Professor Frank Knight legten damals den „Chicago-Plan“ vor. Er sah eine Trennung von Bankgeschäft und Geldschöpfung durch eine sogenannte Mindestreservspflicht der Banken von hundert Prozent vor. Eine Bank hätte nur noch Kredite vergeben können, wenn sie über entsprechende Guthaben bei der Notenbank verfügt hätte.

Irving Fisher, damals der bekannteste US-Ökonom, unterstützte den Plan. Präsident Franklin D. Roosevelt sympathisierte mit ihm. Die Lobby der Geschäftsbanken aber rannte Sturm. Mit Erfolg: Die Idee verschwand in den Archiven.

Ein halbes Jahrhundert später holte der Wirtschafts- und Umweltsoziologe Joseph Huber sie hervor und entwickelte eine Variante, die er 1998 veröffentlichte. Nach Hubers Konzept bekäme die Zentralbank den verfassungsrechtlichen Rang einer „Monetative“, vergleichbar der richterlichen Gewalt, der „Judikative“. Kein Konzept wird in der Szene der Geldreformer heute so heiß diskutiert wie dieses.

Philipp Bernet gehört zu einem Kreis von Bürgern, die Hubers Konzept in der Schweiz umsetzen wollen. Bernet leitet eine der landesweit 21 Regionalgruppen, die in St. Gallen. Ende November reiste er nach Berlin, um an dem Jahrestreffen des Vereins Monetative, den Joseph Huber gegründet hat, mit 70 Teilnehmern zu diskutieren. Unter ihnen war auch Thomas Mayer, bis vor zwei Jahren Chefvolkswirt der Deutschen Bank. „Spätestens in der Finanzkrise hat sich bei mir der Verdacht verdichtet, dass nicht die Akteure das Problem sind, sondern das System selbst“, sagt Mayer, der aus dem Lager der Gralshüter des bisherigen Systems in das der Radikalreformer gewechselt ist.

Seine Stimme ist nicht die einzige überraschende. Zwei Ökonomen des Internationalen Währungsfonds (IWF) haben eine wohlwollende Studie über die Idee geschrieben. Auch Martin Wolf, Chefkommentator der einflussreichen Wirtschaftszeitung „Financial Times“, bekannte sich als Vollgeld-Freund. Man müsse sich mit solchen Lösungen befassen, um für die nächste Krise gewappnet zu sein, forderte er.

Dass sich Philipp Bernet engagiert, liegt bei ihm „in den Genen“. Schon sein Großvater, ein Zeitungs-



Philipp Bernet, 56, will das Vollgeld in der Schweiz einführen

drucker, setzte sich Anfang des 20. Jahrhunderts für eine Idee ein, die das sogenannte Freigeld propagierte – ein Geld, das automatisch an Wert verliert und die Wirtschaft antreibt, weil es flotter ausgegeben und nicht gehortet wird. Bernet nutzt den Besuch bei dem Verein Monetative, um in Kreuzberg auch mit Schweizer Künstlern über das Geldsystem zu sprechen. Bei Rösti und Spätzle im Restaurant Helvetia

erläutert er die Grundzüge und beantwortet die Fragen, die auf ihn einprasseln. Ob das jetzige System nicht hervorragend funktioniere, will einer wissen. Ein anderer fürchtet um die Sicherheit des Geldes. Und überhaupt, was sei mit den Zinsen? Bernet antwortet ruhig. Zum Schluss verteilt er Unterschriftenlisten, wie in der Fußgängerzone.

Ende Januar hatten knapp 38 000 Schweizer unterzeichnet. Bis zum 3. Dezember 2015 müssen nun hunderttausend gültige Unterschriften zusammenkommen. Dann käme es in der Schweiz zu einer Abstimmung über das Vollgeld. Anders als in der Eurozone, in der alle Mitgliedsstaaten zustimmen müssten, könnten die Schweizer die Reform alleine beschließen.

## Die Aktivistin

**D**ie katholische Kirche und ihre Ansichten über den Umgang mit Geld, das ist eine schwierige Geschichte. Jahrhundertlang predigten Geistliche von der Kanzel, die Zahlung von Zinsen sei eine Todsünde. Die Zeit ist vorbei. Trotzdem beschäftigt die Zinsfrage noch heute Christen. Eine von ihnen ist Mara Liebal. Sie befasst sich beruflich mit der Reform des Geldsystems. Bei der Kampagne „Erlassjahr“ ist sie für die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit zuständig.

Wer sie besuchen will, kann an der Heilig Geist Kirche im Düsseldorfer Stadtteil Derendorf aus dem Bus steigen und in den grauen Zweckbau neben der Kirche gehen, vorbei an Plakaten katholischer Hilfsorganisationen und Kinderbildern. Im Erdgeschoss hat sie ihr Büro.

Liebal, 28, freundlich resolut mit langen braunen Haaren, gehört zur zweiten Generation von Aktivistinnen, die sich an den Staatsschulden abarbeiten. In ihrem Wirtschaftsstudium in Marburg hat sie sich mit



Entwicklungsprozessen beschäftigt und praktische Erfahrungen über die Not der Welt gesammelt. Sie war bei der Kindernothilfe, dem Fairen Handel und der NGO Christliche Initiative Romero. Geld, Zinsen und Schulden spielten oft eine wichtige Rolle.

Wenn Liebal den Schuldenerlass fordert, knüpft sie an eine alte Tradition an. Schon in der Antike haben Herrscher ihren Untertanen immer wieder Schulden erlassen. In der Thora heißt es, in jedem 50. Jahr, den „Jubeljahren“, sollten die Israeliten allen Volksangehörigen die Schulden erlassen. Auch die Bibel kennt das Prinzip.

In den 1990er-Jahren griffen Aktivisten diese Idee auf. Sie forderten eine Streichung der Staatsschulden ärmster Länder auf einen Schlag sowie die Ein-

führung eines Insolvenzverfahrens für Staaten. Die Kampagne „Erlassjahr 2000“ war geboren, der sich zivilgesellschaftliche Bündnisse aus mehr als 40 Ländern anschlossen. Auch viele Prominente waren dabei, U2-Sänger Bono und Papst Johannes Paul II. beispielsweise. Die 41 ärmsten Länder ächzten damals unter Schulden von 2,5 Billionen US-Dollar.

1999, beim Gipfel der G8-Staaten in Köln, tafelten auf dem römischen Mosaikfußboden des Römisch-Germanischen Museums die Regierungschefs der größten Industrieländer. Draußen demonstrierten 35 000 Menschen Hand in Hand für einen Schuldenerlass und übergaben dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder 27 Millionen Unterschriften für ihr Anliegen.



Mara Liebal, 28, fordert ein geordnetes Insolvenzverfahren für Staaten

Gemeinsam an einem Strang:  
Der Crash vereinte Menschen, die  
im Alltag bisher nichts miteinander  
zu tun hatten



Tatsächlich beschlossen die Politiker einen radikalen Schuldenerlass für die ärmsten Länder von bis zu 90 Prozent. 35 Staaten ermöglichte das einen Neuanfang. Von der Einführung des geforderten Insolvenzrechts ließen die Politiker jedoch die Finger.

Seitdem kämpfen die Aktivisten unter [Erlassjahr.de](http://Erlassjahr.de) für ein staatliches Insolvenzverfahren. Mittlerweile sind Netzwerke in 50 Ländern dabei, allein das deutsche umfasst 600 Organisationen, von Landeskirchen bis zu den Weltläden. Sie betreiben Öffentlichkeitsarbeit, führen Gespräche mit Politikern, arbeiten mit Wissenschaftlern, sammeln Unterschriften.

Schuldenkrisen von Staaten, das schien lange nur ein Problem von Entwicklungsländern zu sein. In der Finanzkrise waren jedoch auch Griechenland, Zypern oder Ungarn betroffen. Jetzt erlebten die Europäer selbst, was es bedeutet, wenn Staaten auf die gängige Art und Weise saniert werden. „Darunter leiden regelmäßig gerade die Ärmsten“, sagt Mara Liebal. Denn im Gegenzug für frisches Geld verlangen der Interna-

tionale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank meist radikale Reformen wie die Streichung von Subventionen für Grundnahrungsmittel, die Privatisierung öffentlicher Betriebe oder die Erhöhung von Steuern.

Für den Einzelnen hat das gravierende Folgen. Viele Griechen mussten auf Lohn und Gehalt verzichten, es gab Massenentlassungen, die Preise für Lebensmittel und Benzin explodierten. Manche sehen keinen Ausweg mehr. Seit Beginn des Spardiktats hat sich die Selbstmordrate verdreifacht.

„Schulden machen gehört zum Kapitalismus, und deswegen wird es auch immer wieder Schuldenkrisen geben“, sagt Liebal. Für diese Fälle müsse ein geordnetes Insolvenzverfahren her, wie es für Unternehmen und Privatpersonen längst Alltag sei.

Die Aktivisten wissen auch, wie das ablaufen soll: Bei der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens müsse ein Land sofort alle Zahlungen einstellen, damit kein Gläubiger benachteiligt werde. Dann sollten sich Schuldner und Gläubiger gleichberechtigt auf einen unparteiischen Schiedsrichter einigen. Dieser müsse stets auch auf die Sicherung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung achten. Das sei für beide Seiten von Vorteil, sagt Liebal: Schuldner erhielten eine echte Chance für einen „Neuanfang“. Gläubiger motiviere dies zu einer „verantwortlichen Kreditvergabe“.

Weitere Vorgaben machten Sinn, wie eine Prüfung der Legitimität von Schulden. Oft bereichern sich Machthaber auf Staatskosten. Solche Verbindlichkeiten könnten bei einem Insolvenzverfahren außen vor bleiben. Das wäre ein starker Anreiz für Banken, bei der Kreditvergabe zu berücksichtigen, welcher Regierung sie eigentlich wofür Geld leihen.

Im September 2014 verabschiedete die UN-Vollversammlung die Resolution „Für die Schaffung eines multilateralen Rechtsrahmens für Staateninsolvenz“ – gegen die Stimmen der traditionellen Gläubigerstaaten wie Deutschland. Dabei hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel noch zu Beginn der Krise mit der Einführung eines geordneten staatlichen Insolvenzverfahrens geliebäugelt, zumindest in der Währungsunion. Bereits 2001 hatte die damalige IWF-Vizepräsidentin Anne Krueger die Gründung eines internationalen Konkursgerichts angeregt. Auch etablierte Politikratgeber wie Daniel Stelter, der Gründer der Berliner

**Kein Konzept  
wird in der Szene  
der Geldreformer  
heute so heiß  
diskutiert wie  
das Vollgeld**



Denkfabrik „Beyond the Obvious“, halten ein Insolvenzverfahren für Staaten für überfällig.

Vorerst aber zeichnet sich die nächste Krise ab. Fakt sei, so Mara Liebal, dass die Schulden der Entwicklungsländer sich zwischen 2000 und 2013 auf 4,8 Billionen US-Dollar bereits mehr als verdoppelt hätten.

## Der Anwalt

**F**reitagnachmittag. In seiner Kanzlei nahe des Commerzbank-Hochhauses in Frankfurt verabschiedet Hans Scharpf einen Mandanten, führt ein kurzes Telefonat, dann nimmt er sich Zeit, um seinen Schuldenstreik zu erklären. Viel Zeit. Er holt aus. Früher dachte er, „klar“, die Banken nehmen von den Kunden die Einlagen und verleihen sie weiter an andere Kunden, eben als Kredit.



Hans Scharpf, 61, hält das System, nach dem Banken Kredite vergeben, für „irre“

Dann kam die Krise und im Schatten der Europäischen Zentralbank schlugen Menschen Zelte auf. Sie protestierten gegen das herrschende System – die Occupy-Bewegung hatte sich von New York aus in Windeseile in verschiedene Metropolen der Welt ausgebreitet. Der 61-jährige Wirtschaftsanwalt schaute bei seinen neuen Nachbarn vorbei. Natürlich hätten ihn viele aufgrund seines Berufs dem Mainstream zugeordnet. Gestört habe dies jedoch niemanden. In einer Arbeitsgruppe fand er sich bald neben einem Banker, einem Geologen, einem Forstwirt und einer Architektin wieder, eben einer „richtigen Mixtur von Leuten, die eigent-

lich schon immer im Leben engagiert waren, sich aber nie mit dem Geldthema intensiv beschäftigt hatten“. Das holten sie jetzt gemeinsam nach.

Schon früh hatte der auf Immobiliengeschäfte spezialisierte Anwalt Einblick in Millionendeals bekommen, beim Bauboom nach der Wiedervereinigung in den neunziger Jahren. Als er mitbekam, dass Bankmitarbeiter bisweilen von den Kreditkunden Geld dafür bekamen, wenn sie einen Kredit genehmigt hatten, wunderte er sich nicht mehr über die laxe Kreditvergabe. Schon das fand der Anwalt „irre“.

Noch „viel irrer“ fand er es, als er entdeckte, dass die Banken Kreditgelder zum größten Teil aus dem Nichts schaffen. Als Jurist interessierten ihn die gesetzlichen Grundlagen. Aber er fand sie nicht, weil es sie nicht gibt. „Da bin ich fast aus dem Fenster gefallen“, scherzt Scharpf. Selbst die Bundesbank schreibe in Schulungsmaterialien, dass es sich bei Buchgeld nicht um ein gesetzliches Zahlungsmittel handle, sondern, dass dies ein Recht auf Auszahlung von Bargeld sei.

Der Anwalt, hinter sich im Regal dicke Gesetzeskommentare zum Baurecht, lächelt. Er habe sich gefragt, was diese Erkenntnis für das Kreditgeschäft bedeutet.



Wir sind das Geld! Nicht Notenbankler oder Finanzpolitiker sollen alleine bestimmen, nach welchen Regeln künftig gespielt werden soll



Entstehen Banken überhaupt Kosten in einer Höhe, die die banküblichen Zinsen rechtfertigen, wenn sie die Kredite quasi aus dem Nichts vergeben? „Nein“, sagt Scharpf überzeugt. Natürlich sollten Banken auch in Zukunft für Kredite entlohnt werden. Aber nicht mehr mit Zinsen. Sondern mit einer festen Gebühr.

Scharpf setzte Briefe an seine beiden Hausbanken auf, Betreff: „Störung der Geschäftsgrundlage“. Er habe, schrieb er, „am Anfang nahezu ungläubig lernen müssen, dass Sie höchstwahrscheinlich mehr als 90 Prozent dessen, was Sie mir an Geld verliehen haben, schlicht mittels Computer aus dem Nichts erzeugt haben.“ Er verlangte von der Commerzbank und der Frankfurter Sparkasse Aufklärung über ihren tatsächlichen Aufwand der Kredite, die sie ihm vor allem beim Kauf zweier Wohnungen gewährt hatten. Bis zur Klärung der Frage werde er seine Zahlungen zurückhalten, teilte er mit.

Die Commerzbank ging in ihrer ersten Antwort auf Scharpfs Kernfrage nicht ein, die Frankfurter Sparkasse widersprach: Seine persönlichen Schlussfolgerungen, dass die Frankfurter Sparkasse Gelder „mittels Computer aus dem Nichts“ erzeugen und verleihen könne, treffe nicht zu und sei nicht nachvollziehbar. Den Briefwechsel stellte er ins Netz.

„Na klar, ich provoziere“, sagt Scharpf, der in kleinen Verhältnissen in der Nähe von Kassel aufgewachsen ist. Mit seinem Schuldenstreik will er andere wachrütteln. Überregionale Medien haben die Aktion aufgegriffen. Er gründete die Initiative „Geldhahn zu“. Hunderte Leute hätten ihm Vollmachten erteilt, ebenfalls bei ihren Banken anzufragen. Laut Scharpf sind darunter Menschen mit Zahlungsnotén genauso wie kritische Geister, die wie er die Nase voll davon haben, dass „der Mensch immer mehr zum Homo Oeconomicus reduziert wird“.

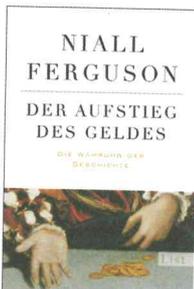
Große Reformen wie die Einführung des Vollgelds, wie sie in der Schweiz versucht wird, hält er für richtig, zumal er überzeugt davon ist, dass das „Bankschuldgeldsystem“ eine zentrale Ursache des lebensvernichtenden Ressourcenverbrauchs unserer Wirtschaftsweise sei. Ob diese Idee aber durchsetzbar ist? Daran glaubt er momentan nicht.

Er hat deswegen kleiner angefangen. Mit Musterprozessen will er erreichen, dass Banken nicht mehr so

**„Gegen mich wird vollstreckt“, sagt Scharpf. Fast täglich bekommt er Post vom Gericht**



## Zum Weiterlesen



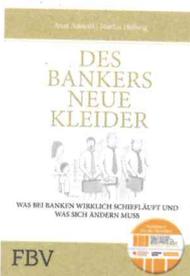
### Der Aufstieg des Geldes

Dass die Weltgeschichte zu einem gehörigen Teil Geldgeschichte ist, schildert der britische Wirtschaftshistoriker Niall Ferguson sehr anschaulich. Er spannt den Bogen von der einfachen Tauschwirtschaft bis zu heutigen Hedgefonds – ein Buch, das hilft, die Entwicklung des globalen Finanzsystems zu verstehen. (Econ, 2009, 25 Euro)



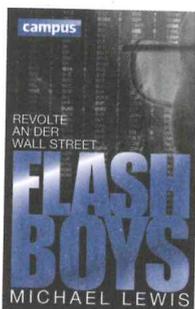
### Monetäre Modernisierung

Kein Reformvorschlag wird in der Szene der alternativen Geldreformer so heiß diskutiert wie das Vollgeld. Selbst der ehemalige Chefvolkswirt der Deutschen Bank bekennt sich inzwischen dazu. Wer genau wissen will, um was es geht, der sollte unbedingt zum Buch des emeritierten Professors Joseph Huber greifen, dem Vater der Idee. (Metropolis, 2014, 27 Euro)



### Des Bankers neue Kleider

Zwei hochkarätige Forscher entzaubern in ihrer messerscharfen Analyse einige Märchen rund um das Bankgewerbe. Anat Admati (Stanford University) und Martin Hellwig (Direktor am Max Planck Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern) zeigen, wie ein gesundes Bankensystem aussehen könnte. (Finanzbuchverlag, 2013, 25 Euro)



### Flash Boys

Einen detaillierten Einblick in die modernen Finanzmärkte bietet der US-Wirtschaftsjournalist Michel Lewis in seinem Buch „Flash Boys“. Dem Autor mit Wall-Street-Erfahrung gelingt ein fulminantes Plädoyer gegen die jüngste Spielart der Finanzindustrie, den Hochgeschwindigkeitshandel. Ein spannendes und verständlich geschriebenes Buch. (Campus, 2014, 25 Euro)



*Bereit zum Wiederaufbau: Mit den verschiedenen Elementen einer Geldwende kann ein sichereres und gerechteres System aufgebaut werden*

schnell wie bisher zwangsvollstrecken dürfen, wenn ein Immobilienbesitzer zahlungsunfähig sein sollte. Für ihn wäre dies eine Art „Waffenstillstand“, mit dem das Geldsystem ein Stück weit menschlicher gestaltet würde, bis eines Tages das Geldsystem fundamental geändert werde. Und in einem nächsten Schritt will er Kreditnehmer auffordern, von den Banken Zinsen zurückzuverlangen. Eine Aktion mit entsprechenden Musterschreiben bereitet er vor. „Nur mit Druck wird sich etwas verändern“, sagt Scharpf, der inständig hofft, dass sich das System schrittweise verändern lasse. „Keiner weiß nämlich, ob es nach dem nächsten schweren Finanzcrash wirklich gelingen würde, ein besseres System aufzubauen.“

Sein Einsatz ist für Scharpf mit persönlichen Konsequenzen verbunden. Die Banken hätten seine Kredite gekündigt und er werde mit Verfahren überzogen. „Gegen mich wird vollstreckt, fast täglich bekomme ich Post vom Gericht“, erzählt er. Und er verdient derzeit nur noch wenig Geld. Mehr als tausend Euro mache keinen Sinn, erzählt er, weil das Geld sonst zwangsvollstreckt werde. Scharpf hat seinen Lebensstil eingeschränkt. Er wohnt zur Miete, besitzt kein Auto und fährt zum Last-Minute-Preis in den Urlaub, eine Woche Gran Canaria. Er macht an diesem Nachmittag einen erschöpften, aber auch ziemlich zufriedenen Eindruck.

## Der Publizist

**D**as Café Westend, schräg gegenüber vom Wiener Westbahnhof. Christian Felber kommt mit strubbeligen Haaren und einem Rucksack über der Schulter. Später will er weiter, mit dem Zug, zu einem Seminar mit Studenten auf einer Alm. Der Publizist ist wegen seiner Ideen gefragt. Hunderte Vorträge hat er zu Wirtschafts- und Gesellschaftsreformen wie der Gemeinwohlökonomie schon gehalten, vor allem in Europa und Lateinamerika.

Trotzdem wirkt er nicht gehetzt. Fragt man ihn, wie er das schaffe, erzählt er vom Tanzen, seinem Ausgleich. Ein Kellner bringt einen großen Braunen, dann erklärt Felber, warum Österreich eine neue Bank braucht.

Er erinnert daran, wie der damalige Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann die Schaffung einer europäischen Bad Bank forderte. Sie sollte den Finanzmüll der Großbanken übernehmen, ihnen den Weg frei machen für neue Geschäfte. Das bedeutete nichts anderes, als Verluste und Risiken der Allgemeinheit aufzubürden.

Zeit für ein neues Bankensystem, dachten sich in Österreich Aktivisten von Attac, zu denen der 42-Jährige seit den Anfangstagen in den 90er-Jahren gehört. Sie entwarfen ein Konzept für ein neues, demokratisch organisiertes Bankensystem. „Natürlich würde uns kein Regierungskind diesen Wunsch auf absehbare Zeit erfüllen“, sagt Felber. Bis zum Sankt Nimmerleinstag wollte er aber nicht warten, zumal es in Österreich – anders als in Deutschland mit der GLS Bank, den Niederlanden mit Triodos oder Italien mit der Banca Etica – keine Alternativbank gibt, bei der Interessierte alle ihre Geschäfte erledigen können. Eine Bank, die am Gemeinwohl orientiert ist und nicht an der Gewinnmaximierung zulasten der Kunden, die Kredite nach sozialen und ökologischen Kriterien vergibt – und die Unternehmen mit einem umweltschädlichen Geschäftsmodell nicht finanziert.

Im Sommer 2010 trafen sich Interessierte zu einem Workshop. Sie entwickelten ihre



Christian Felber, 42, gründet in Österreich die „Bank für Gemeinwohl“

Visionen einer einzelnen „Good Bank“. Felber hatte das Bild einer „bunten, offenen Bank vor Augen, eingebunden in ein Kaffeehaus, einen Laden oder eine Bibliothek“. Judith Pühringer, Geschäftsführerin eines Dachverbands für gemeinnützige Unternehmen, schwärmt noch heute: „Man hat sich gemütlich auf den Boden gelegt und vorgestellt, wie wohl diese Bankfiliale aussieht, und ist über die zentralen Dinge

des Lebens ins Reden gekommen. Und dann habe ich gemerkt, dass die Leute eine wahnsinnige Sehnsucht nach Alternativen haben, gerade in diesem Bereich.“

Die Gruppe, darunter kaum jemand mit Bankkenntnissen, musste nun lernen, wie man eine Bank gründet. Dabei fängt alternatives Banking für sie bereits bei der Art der Entscheidungsfindung an. Alle wichtigen Beschlüsse fällen sie bis heute im Gesamtplenar. Regelmäßig trafen sie sich in der Anthroposophischen Gesellschaft, in einem gut hundert Quadratmeter großen, lichten Raum. In einer Ecke steht ein Klavier, an der Wand hängen Teppiche. Keine Minderheitsmeinung wird unter den Tisch gekehrt. „Widerstand messen“, nennen sie das. Sind mehr als zehn Prozent der Anwesenden gegen einen Vorschlag, ist er abgelehnt. Das ist für sie praktizierte Demokratie. Manchen dauerte das zu lange. Sie sprangen ab.

Es gibt Stolpersteine. So lehnten die Verbände der Genossenschaftsbanken und Sparkassen den neuen Aspiranten als Mitglied ab, was keine Bagatelle ist. Denn in Österreich gehören zu den Verbänden Sicherungseinrichtungen, die im Pleitefall für die Guthaben der Kunden geradestehen. Ohne eine solche Mitgliedschaft kann man keine Banklizenz beantragen.

Aber die Neubanker fanden einen Ausweg. Sie wollen die Bank nun als Aktiengesellschaft gründen, deren Anteile einer Genossenschaft gehören. Gegen diese Holding-Genossenschaft hatte wiederum das Firmenbuchgericht Einwände. Felber schüttelt den Kopf. In Österreich gibt es bereits Banken mit dieser Konstruktion. Selbst den Wunschnamen mussten sie nach Kritik der Aufsicht ändern, aus der „Demokratischen Bank“ wurde die „Bank für Gemeinwohl“.

**Keine Minderheitsmeinung ignorieren die Bank-Gründer. Widerstand messen, nennen sie das**

Ursprünglich wollten die Neu-Banker schon 2013 starten, dann 2014, dann 2015. Felber bleibt gelassen. „Besser die Bank wächst langsam wie eine Eiche und wird genauso standhaft“, sagt er. Im letzten Herbst fand sich dann auch bereits ein möglicher Bankchef mit der notwendigen Erfahrung. Robert Moser arbeitete 20 Jahre bei der Sparkasse Kitzbühel, lange als Vorstand. Doch Anfang 2014 hatte er dort die Nase voll. Die Sparkasse verkaufte Produkte, die weder Kunden noch Führung verstanden, schimpfte er und kündigte.

Tatsächlich könnte der Start der „Bank für Gemeinwohl“ nun 2016 klappen, denn kurz vor Weihnachten wurde die Bankgenossenschaft endlich eingetragen. Jetzt wollen die Aktivisten das notwendige Kapital einsammeln. Mindestens fünf Millionen Euro brauchen sie, dann können sie die Lizenz beantragen. „Aber die Bank ist nur ein kleiner Schritt“, sagt Felber: Verändert werden müsste eigentlich die Geldordnung, aber dafür müssten die Bürger mehr Mitsprache in der Demokratie bekommen, so wie in der Schweiz.

## Epilog

**D**as Finanzsystem unterliegt keinen Naturgesetzen. Es ist von Menschen gemacht, also können Menschen es auch ändern. Nicht auf einen Schlag, aber Schritt für Schritt. Darauf setzen Aktivisten wie Philipp Bernet, Mara Liebal, Hans Scharpf und Christian Felber. Sie glauben nicht daran, dass die herrschenden Verhältnisse alternativlos sind, auch wenn das Politiker und Bankvordere behaupten.

„Für eine Geldwende braucht man einen langen Atem“, sagt auch Lukas Beckmann, der den ersten Geldgipfel an der Uni Witten/Herdecke mit initiierte. Er zieht eine Parallele zum Kampf gegen die Atomenergie. Von der Euphorie der Mehrheit der Menschen für die neue Energie in den 50er-Jahren bis zum endgültigen Ausstiegsbeschluss der Bundesregierung 2011 war es ein langer Weg. Die Katastrophe in Fukushima trug zum Ausstieg bei – aber möglich war er nur, weil sich gewöhnliche Bürger Wissen über die Atomenergie aneigneten, protestierten, eine Partei gründeten, anpackten. Sie waren es, die die ersten Windräder bauten. Dass die Atombranche eine solche Alternative erfindet, darauf hätte man lange warten können. Sehr lange. 



Offen und durchlässig:  
Die Reformer wollen  
ein transparentes  
Finanzsystem errichten

